

Informationsdienst
der kommunalpolitischen Sprecherin von
Bündnis 90/Die Grünen
im Deutschen Bundestag

Britta Haßelmann



März 2010

Liebe Freundinnen und Freunde,

vor wenigen Tagen, am 4. März, konstituierte sich die von der Bundesregierung einberufene Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen. Diese Kommission wird sich auf Wunsch von Schwarz-Gelb auch mit der Abschaffung der Gewerbesteuer befassen. Nach den Steuersenkungsbeschlüssen und der Reduzierung des Bundesanteils an den Unterkunftskosten für ALG II-Beziehende wird dieses Vorhaben die Städte und Gemeinden weiter in die Krise zu treiben.

Angesichts der bedrohlichen Finanzsituation, die inzwischen auch den Süden des Landes erfasst, befasst sich dieser Newsletter im Schwerpunkt mit den Thema Gemeindefinanzen. Neben einer kritischen Auseinandersetzung mit der schwarz-gelben Steuerpolitik und den Folgen für Kita-Ausbau und Infrastruktur möchte ich Euch/Ihnen unsere grünen Eckpunkte für eine Reform der Gemeindefinanzen vorstellen.

Wie immer hoffe ich auf Euer/Ihr Interesse und verbleibe

mit herzlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Britta Haßelmann', written in a cursive style.

Britta Haßelmann

1. Weitere Steuersenkungen zu Lasten der Kommunen

Steuersenkungen und Wirtschaftskrise treffen die Städte und Gemeinden massiv. Ihnen fehlten in 2009 rund 10 Prozent ihrer Steuereinnahmen. In diesem Jahr wird das Steuer-Minus 11 Mrd. Euro betragen, das sind 14 Prozent weniger Steuereinnahmen im Vergleich zum Jahr 2008. Die schwarz-gelbe Bundesregierung lässt dies offenbar kalt: Sie kürzt den Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft für ALG II-Beziehende und lässt die Kommunen auf erhöhten Kosten für den Kita-Ausbau sitzen. Immense Einnahmeverluste erleiden Städte und Gemeinden durch das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz. In der letzten Woche legte Schwarz-Gelb noch einmal nach und beschloss weitere Steuersenkungen für Firmen, die ihre Produktion ins Ausland verlagern. Kostenpunkt für die Kommunen ca. 650 Mio. Euro. Die [Steuermindereinnahmen aufgrund politischer Beschlüsse seit Ende 2008](#) summieren sich inzwischen auf 6,5 Mrd. Euro. Doch unverdrossen plant Schwarz-Gelb für 2011 weitere Steuererleichterungen von bis zu 20 Milliarden Euro und diskutiert die Abschaffung der Gewerbesteuer in einer Gemeindefinanzkommission. Diese falsche, allein auf die Wachstumskräfte des Marktes setzende Strategie, wird die Städte und Gemeinden noch weiter in die Krise treiben. Der Flurschaden, den Schwarz-Gelb damit in der Infrastruktur von Städten und Gemeinden anrichtet, wird die Bürgerinnen und Bürger teuer zu stehen kommen. Mehr zu den Steuersenkungsplänen von Union und FDP auch in [meiner Rede zur Aktuellen Stunde](#).

2. Gemeindefinanzkommission diskutiert Abschaffung der Gewerbesteuer

Wie im schwarz-gelben Koalitionsvertrag vereinbart, hat die Bundesregierung eine Kommission eingerichtet, die sich mit der Reform der Gemeindefinanzen befassen soll. Laut [Kabinettsbeschluss vom 24.02.2010](#) soll die Kommission auch prüfen, ob die Gewerbesteuer „aufkommensneutral“ ersetzt werden kann, und zwar durch höhere Anteile an der Umsatzsteuer und ein Hebesatzrecht auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer. Dieser Ansatz geht auf die FDP zurück, die den freien Wettbewerb zwischen den Kommunen eröffnen will. Die Idee ist ein alter Hut. Das Konzept ist bereits in der von rot-grün einberufenen Gemeindefinanzkommission 2003 aus guten Gründen verworfen worden, weil es regionale Disparitäten und das Stadt-Umland-Gefälle verschärft. Deshalb sind auch die [kommunalen Spitzenverbände](#) gegen die Abschaffung der Gewerbesteuer und appellieren an die Bundesregierung, das „Rad nicht wieder neu erfinden“ zu wollen. Leider ist auch Finanzminister Wolfgang Schäuble – und mit ihm der wirtschaftsorientierte Flügel der Union davon überzeugt, dass die Gewerbesteuer ersetzt werden sollte.

Union und FDP müssen den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern offen legen, wer künftig die 35 Milliarden Euro Gewerbesteuer, die die Kommunen von den Unternehmen erhalten, bezahlen soll. Treffen wird es vor allem die Bürgerinnen und Bürger in den Städten über erhöhte Einkommenssteuersätze oder sogar die Verbraucherinnen und Verbraucher über höhere Umsatzsteuerpunkte. [Eine Abschaffung der Gewerbesteuer bedeutet Steuererhöhungen für alle. Eine solche Reform ist bereits im Vorfeld zum Scheitern verurteilt.](#)

3. Jetzt handeln! Grüne Eckpunkte für eine Reform der Gemeindefinanzen

Statt mit realitätsfernen Debatten über die Abschaffung der Gewerbesteuer die Lösung der kommunalen Finanzprobleme bis zum St. Nimmerleinstag hinauszuzögern, muss die Bundesregierung jetzt konkrete Schritte einleiten, um die Gemeindefinanzen auf eine solide Basis zu stellen. In einem auf meine Initiative hin beschlossenen Eckpunktepapier fordert die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen:

1. die Kommunen in die Lage zu versetzen, ihre Einnahmen zu stabilisieren durch
 - einen Verzicht auf weitere Steuersenkungen
 - eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer
 - eine Verstetigung und ökologische Ausrichtung der Grundsteuer
 - eine Altschuldenhilfe nicht nur für besonders finanzschwache Bundesländer, sondern auch für besonders notleidende Kommunen
2. die Städte und Gemeinden von den Kosten steigender Sozialausgaben zu entlasten durch
 - eine Neuausrichtung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft für ALG II-Empfänger/innen an den tatsächlichen Unterkunftskosten und
 - eine Gewährleistung der vereinbarten Bundeskofinanzierung auch bei erhöhter Inanspruchnahme des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung ab dem vollendeten 1. Lebensjahr
3. eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen im Grundgesetz sicherzustellen durch
 - eine Ergänzung der Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen in Art. 28 GG durch eine Garantie der Mindestfinanzausstattung und einen Ausgleich für Mehrbelastungen bei zusätzlichen Aufgabenübertragungen
 - eine Aufhebung des sog. Kooperationsverbotes zwischen Bund und Kommunen insbesondere bei Zukunftsinvestitionen für Bildung, Umwelt und Soziales
 - eine Regelung zur „Konnexität“, um zu verhindern, dass die Kosten von Gesetzesvorhaben auf die Kommunen abgewälzt werden
 - verbesserte Anhörungsrechte im Gesetzgebungsverfahren

Das ausführliche Positionspapier steht zum Download unter

www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/329/329817.gemeindefinanzen.pdf

4. Bundesanteil an den Unterkunftskosten erhöhen!

Als Sofortmaßnahme muss die Bundesregierung die Kürzung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft für ALG II-Beziehende zurücknehmen und den Anpassungsmechanismus an den tatsächlichen Kosten ausrichten. Allein diese Maßnahme würde den Kommunen in diesem Jahr 1,77 Milliarden Euro an Mehreinnahmen bringen. Diese Forderung haben wir mit dem grünen Zukunftshaushalt in die aktuelle Haushaltsdebatte eingebracht.

Der Bund ist offenbar nicht bereit, den Ländern bei der Frage des Bundesanteils an den Wohnkosten für SGB II-Beziehende entgegenzukommen. Mehr dazu in meiner [mündlichen Frage an die Bundesregierung](#).

Der am 27.1.2010 zu [diesem Thema zusammengetretene Vermittlungsausschuss](#) hat auf Betreiben der Bundesregierung die Entscheidung auf unbestimmte Zeit vertagt. Es ist davon auszugehen, dass auch dieses Problem in die Gemeindefinanzkommission verschoben wurde und weiterhin der Lösung harrt.

5. Kleine Anfrage Kindertagesbetreuung

Für viele Kommunen ist angesichts ihrer finanziellen Situation der Ausbau der Kindertagesbetreuung schon heute kaum möglich. Hilfe für eine Umsetzung des Rechtsanspruchs für die Kinderbetreuung von unter Dreijährigen - insbesondere für die finanzschwachen Kommunen - ist von der Bundesregierung nicht zu erwarten.

Das zeigt schon die [Antwort der Bundesregierung](#) auch die Kleine Anfrage "Bedarf, Finanzierung und Qualität der Kindertagesbetreuung". Hier heißt es: "Es gibt derzeit keinen Anlass, die vereinbarte Zielvorgabe in Frage zu stellen". Und dies obwohl zahlreiche Expertinnen und Experten voraussagen, dass der Bedarf an Betreuungsplätzen über den kalkulierten 35 Prozent liegen wird. Politik, die das Interesse von Familien und Kindern in den Mittelpunkt stellt, sieht anders aus.

Eine Verschiebung des Rechtsanspruchs – wie es der Städte- und Gemeindebund fordert - ist indiskutabel. Der Rechtsanspruch ist jedoch entscheidend, um den Ausbau weiter voranzubringen. Statt, wie die Bundesregierung, Steuergeschenke zu verteilen, wäre es sinnvoller, eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen zu gewährleisten. Die Kommunen dürfen nicht als Ausfallbürgen für einen absehbar unterfinanzierten Kita-Ausbau in Anspruch genommen werden. Die Finanzierung muss aufgestockt werden. Siehe dazu auch meine [Pressemitteilung](#) und das Positionspapier der Bundestagsfraktion (siehe vor Ziff. 3).

Britta Haßelmann MdB
Sprecherin für Kommunalpolitik, Demografie und Altenpolitik der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 (0)30 227-74505
Telefax: +49 (0)30 227-76643
Mail: britta.hasselmann@bundestag.de
www.britta-hasselmann.de